

Nr. 2758 W

1992-04-02

ANFRAGE

der Abgeordneten Schranz
und Genossen
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten
betreffend Lärmschutzmaßnahmen am Handelskai

Wie aus einem jüngsten Zeitungsbericht zu entnehmen ist, gibt es seit dem Jahr 1971 massive Beschwerden der Anrainer des Handelskais über unzumutbaren Lärm. Aus diesen Bürgerprotesten hat sich eine Bürgerinitiative Handelskai entwickelt, die derzeit auf allen Ebenen bemüht ist, unterstützende Maßnahmen gegen die Lärmbelastung zu finden. Unter Bedachtnahme auf finanzielle Unterstützung von Lärmschutzmaßnahmen in einigen Teilen Österreichs - etwa in Tirol - haben die Anrainer des Handelskais neue Hoffnung geschöpft, da die tatsächliche Lärmbelastung, die mit 82 Dezibel täglich ausgewiesen wird, derart hoch ist, daß von einer bedenklichen Belastung der Bevölkerung ausgegangen werden kann.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

Anfrage

1. Gibt es einheitliche Richtlinien für die Entscheidung ob Lärmschutzbauten errichtet, oder Schallschutzfenster gefördert werden?
2. Gibt es Studien darüber, ab welchem Lärmpegel von einer Gesundheitsgefährdung der Anrainer gesprochen werden kann?
3. Welche Überlegungen führen dazu, daß in Wien - im Gegensatz zu anderen Ländern - keine Lärmschutzprojekte gefördert werden?
4. Sind Sie bereit, in Zusammenarbeit mit den Österreichischen Bundesbahnen und auch der Gemeinde Wien ein "Lärmschutzpaket" für die besonders belasteten Straßenzüge in Wien, wie etwa der Handelskai, zu entwickeln?
5. Ab wann kann man mit konkreten Maßnahmen gegen die Lärmbelästigung am Handelskai rechnen?